

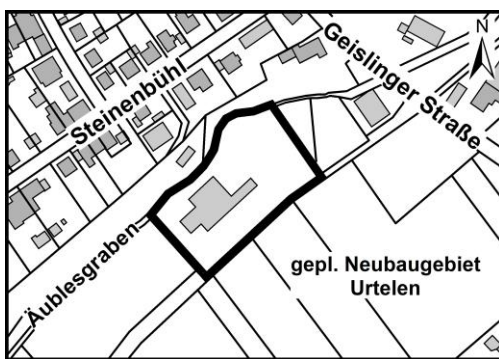
ÖFFENTLICHE BEKANNTMACHUNG

Inkrafttreten eines Bebauungsplanes und Örtlicher Bauvorschriften

Aufgrund von § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) und § 74 Landesbauordnung (LBO) hat der Gemeinderat der Stadt Balingen am 26.09.2023 die im vereinfachten Verfahren nach § 13 BauGB nach der Billigung vorgenommenen Ergänzungen und Berichtigungen des Entwurfs des folgenden Bebauungsplans gebilligt und den Bebauungsplan mit Örtlichen Bauvorschriften als Satzung beschlossen:

Bebauungsplan und Örtliche Bauvorschriften „Erweiterung Urtelen (Fist. Nr. 2889)“ in Balingen

Geltungsbereich:



Maßgebend sind der Zeichnerische Teil im Maßstab 1:500 vom 27.09.2022, die Planungsrechtlichen Festsetzungen zum Bebauungsplan und die Örtlichen Bauvorschriften (Textteile) vom 05.06.2023. Es gilt die gemeinsame Begründung vom 05.06.2023.

Der Bebauungsplan wurde im Verfahren für Bebauungspläne der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB aufgestellt.

Rechtskraft:

Der Bebauungsplan und die Örtlichen Bauvorschriften treten mit dieser Bekanntmachung in Kraft.

Das Original des Bebauungsplanes und der Örtlichen Bauvorschriften sowie die Begründung mit den Zielen, Zwecken und wesentlichen Auswirkungen des Bebauungsplanes werden bei der Stadt Balingen, Amt für Stadtplanung und Bauservice, Neue Str. 31, 1. OG, Zimmer 100, 72336 Balingen, während der Öffnungszeiten zur Einsicht für jedermann bereitgehalten.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, den Bebauungsplan im Geoportal der Stadt Balingen unter <https://geoportal-balingen.de/bebauungsplaenebalingen/> einzusehen.

Auskünfte nach § 10 Abs. 3 Satz 2 BauGB über den Inhalt des Bebauungsplanes und der Örtlichen Bauvorschriften und Beratungen zu Bauvorhaben werden beim Amt für Stadtplanung und Bauservice, Neue Straße 31, 72336 Balingen, während der Öffnungszeiten erteilt.

Die DIN 18920, auf die in den textlichen Festsetzungen des Bebauungsplanes verwiesen wird, wird an der genannten Stelle im Amt für Stadtplanung und Bauservice zur Einsichtnahme für jedermann bereitgehalten.

Hinweise:

Eine etwaige beachtliche Verletzung der nach § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- oder Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplans und des Flächennutzungsplans, nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtliche Mängel des Abwägungsvorgangs sowie beachtliche Fehler nach § 214 Abs. 2a BauGB werden unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung der Satzung schriftlich gegenüber der Stadt Balingen geltend gemacht worden sind. Der Sachverhalt, der die Verletzung oder den Mangel begründen soll, ist darzulegen.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Geltendmachung von Planungsschadensersatzansprüchen durch Antrag an den Entschädigungspflichtigen (vgl. § 43 BauGB) im Fall der in §§ 39 bis 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile wird hingewiesen. Gemäß § 44 Abs. 4 BauGB erlischt ein Entschädigungsanspruch, wenn nicht innerhalb von drei Jahren nach Ablauf des Kalenderjahres, in dem die in § 44 Abs. 3 Satz 1 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile eingetreten sind, die Fälligkeit herbeigeführt wird. Hierfür bedarf es eines Antrags an den Entschädigungspflichtigen.

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder von aufgrund der GemO erlassener Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung ist nach § 4 Abs. 4 der GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich oder elektronisch und unter Bezeichnung des Sachverhalts, der die Verletzung begründen soll, innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung bei der Stadt Balingen geltend gemacht worden ist. Wer die Jahresfrist verstreichen lässt, ohne tätig zu werden, kann eine etwaige Verletzung gleichwohl auch später geltend machen, wenn

- die Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung verletzt worden sind oder
- der Oberbürgermeister dem Beschluss nach § 43 GemO wegen Gesetzeswidrigkeit widersprochen hat oder
- vor Ablauf der Jahresfrist die Rechtsaufsichtsbehörde den Beschluss beanstandet oder eine dritte Person die Verletzung gerügt hat.

Öffnungszeiten:

Montag bis Mittwoch von 9.00 bis 12.00 Uhr und von 14.00 bis 16.00 Uhr, donnerstags von 9.00 bis 12.00 Uhr und 14.00 bis 17.30 Uhr, freitags von 9.00 bis 12.00 Uhr.

Balingen, 28.09.2023

Dirk Abel
Oberbürgermeister